

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seifert-Stiftung



Leitantrag

Außenpolitik - Sicherheit - Europa

Vorlage zum CSU-Parteitag

12./13. Dezember 2014, NürnbergMesse

Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

Leitantrag „Außenpolitik - Sicherheit - Europa“

Die Welt hat sich dramatisch verändert. Die bipolare Welt der Nachkriegszeit existiert nicht mehr. Wir sehen uns heute einer immer unübersichtlicheren, multipolaren Welt gegenüber. Krisen und Konflikte sind in der globalisierten Welt von heute nicht mehr lokal oder regional begrenzt. Risiken und Bedrohungen rücken dadurch näher an uns heran.

Vor der Haustür der Europäischen Union erleben wir 25 Jahre nach der Überwindung der deutschen und europäischen Teilung den Versuch, mit einer Politik der Destabilisierung die Friedensordnung in Europa ins Wanken zu bringen. Die Interventionen Russlands auf der Krim und in der Ukraine sind ein fataler Rückfall in eine überwundene und gescheiterte Machtpolitik. Dem müssen wir entschlossen entgegentreten.

Was wir derzeit in der Ukraine erleben, darf sich keinesfalls wiederholen. Auf dem Balkan, im Baltikum, in Mittel- und Osteuropa müssen sich alle Staaten darauf verlassen können, dass ihre Souveränität und territoriale Integrität respektiert wird. Es ist daher völlig inakzeptabel, wenn Russland jetzt auch Länder auf dem Balkan als Teil seiner möglichen Einflussphäre betrachtet. Es handelt sich um Staaten die entweder schon Teil der Europäischen Union sind oder zumindest Beitrittskandidaten. Die EU und der Westen müssen Russland hier die Grenzen klar aufzeigen.

Wir dürfen die Brücken nach Moskau jedoch nicht abreißen. Ohne Dialog auch in schwierigen Phasen ist eine Rückkehr zu Stabilität und Sicherheit in Europa nicht möglich. Deutschland kommt hier eine besondere Rolle zu, denn Deutschland hat traditionell enge Beziehungen zu Russland. Wir führen diesen Dialog aber nicht als Makler zwischen Ost und West, sondern als Teil der westlichen Wertegemeinschaft. Wir wollen den Dialog mit Russland, aber wir wollen einen Dialog der Stärke. Moskau muss wissen: Was wir verlangen, meinen wir ernst.

Die internationale Stabilität ist auch durch den weltweit zunehmenden Terror bedroht. Die aktuellen Entwicklungen in weiten Teilen der Welt, die vielerorts enttäuschten Hoffnungen des arabischen Frühlings und der Vormarsch des „Islamischen Staates“ im Irak und Syrien zeigen uns, welche großen Gefahren damit auch für uns in Deutschland und Europa verbunden sind.

Die Weltgemeinschaft muss entschlossen handeln, um dem mörderischen Treiben der IS-Milizen Einhalt zu gebieten und die Region zu stabilisieren. Sie kann damit auch ein abschreckendes Signal an andere terroristische Kräfte in der Welt senden, dass solche menschenverachtenden Umtriebe nicht geduldet und hingenommen werden.

Mehr denn je muss moderne Außenpolitik heute für Stabilität stehen. Deutschland ist bereit, mehr Verantwortung in der Welt zu übernehmen. Die heutigen Herausforderungen und Risiken dürfen dabei nicht mehr isoliert unter militärischen Aspekten betrachtet werden. Nur ein ressortübergreifendes, globales Sicherheitsverständnis, in dem sowohl diplomatische, entwicklungspolitische, militärische wie auch polizeiliche und zivilgesellschaftliche Strukturen zusammenwirken, kann Sicherheit im 21. Jahrhundert gewährleisten. Die Erfahrungen aus den Auslandseinsätzen und dem vernetzten Sicherheitskonzept müssen regelmäßig einer Bewertung unterzogen werden.

Verankerung in Europa und im transatlantischen Bündnis

Deutsche Außenpolitik muss dem Erhalt und der Stabilisierung der internationalen Ordnung dienen. Die Vereinten Nationen bilden dafür die universelle Grundlage. Die VN-Charta ist Ausdruck einer gemeinsamen Werteordnung, die für alle Staaten verbindlich ist. Wir wollen die Mächte und Organisationen stärken, die für eine Politik der Stabilität stehen und diese gewährleisten können. Deshalb gibt es für uns kein Wackeln, wenn es um unser Bekenntnis zur westlichen Wertegemeinschaft, zum westlichen Bündnis und zu den westlichen Organisationen geht.

Vereinte Nationen, Europäische Union, NATO und die transatlantische Partnerschaft sind das Friedensbollwerk und der Stabilitätsanker der freien Welt. Sie stehen mit uns für Frieden in Freiheit, für Demokratie und Menschenrechte.

Wir unterstützen das Konzept, militärische Fähigkeiten gemeinsam zu planen, zu beschaffen und bereitzustellen und das Zusammenwirken der Streitkräfte im Bündnis zu erhalten. Deutschland ist bereit, zusammen mit anderen NATO-Partnern Fähigkeiten für das Bündnis zu erbringen und beispielhaft das sicherheitspolitische und militärische Zusammenwachsen in Europa zu befördern.

Wir in Bayern halten das Tor zum Osten immer offen. Wir suchen die Partnerschaft zu allen, die an einer Kooperation auf Basis unserer Werte interessiert sind. Wir konnten dies in der Vergangenheit durch unsere feste Verankerung im Westen, die von der CSU maßgeblich mitgestaltet worden ist. Die Einbindung in den Westen hat die erste dauerhaft stabile Demokratie auf deutschem Boden möglich gemacht. Sie hat das Wirtschaftswunder hervorgebracht und uns eine Position der Stärke verschafft. Die Überwindung der Teilung unseres Vaterlandes in Frieden und Freiheit wäre ohne die Westbindung der Bundesrepublik nicht vorstellbar.

Rolle der Bundeswehr

Der Weg von Diplomatie und Entwicklungszusammenarbeit hat für uns erste Priorität. Der Einsatz militärischer Mittel kann in Konflikten allerdings notwendig

werden, um Recht und Ordnung aufrecht zu erhalten oder wieder herzustellen. Kampfeinsätze dürfen aber immer nur das allerletzte Mittel sein, wenn anders nicht ausreichend und wirksam gehandelt werden kann. Dabei ist zu beachten, dass Konflikte stets Ursachen haben, die mit militärischen Mitteln nicht beseitigt werden können.

Mehr deutsche Verantwortung in der Welt bedeutet für uns nicht eine Militarisierung unserer Außenpolitik. Wir stehen für Friedfertigkeit und Humanität. Aber wir wissen auch: Wer den Krieg verhindern will, muss immer mit der Möglichkeit des Krieges rechnen. Wir brauchen deshalb eine starke Bundeswehr, um unsere Verpflichtungen im Bündnis zu erfüllen und für den Schutz unseres Landes gerüstet zu sein. Die Krisen und Konflikte, die die Sicherheit unseres Landes und unserer Verbündeten bedrohen, erfordern einsatzbereite und leistungsfähige Streitkräfte. Militäreinsätze der Bundeswehr dürfen aber immer nur in Partnerschaft mit unseren Verbündeten erfolgen und keinesfalls im Alleingang.

Die CSU ist die Partei der Bundeswehr. Unsere Soldatinnen und Soldaten haben bei ihren Auslandseinsätzen in aller Welt erheblich zum hohen Ansehen Deutschlands beigetragen. Umso mehr gilt für uns: Wir müssen die schützen, die uns schützen. Die Bundeswehr braucht ihren festen Platz in der Mitte der Gesellschaft und die für ihre Aufgaben notwendige Unterstützung. Wir fordern attraktive Rahmenbedingungen sowohl für die Soldatinnen und Soldaten im aktiven Dienst als auch in der Reserve, aber auch als Signal für die Nachwuchsgewinnung. Deshalb braucht unsere Bundeswehr auch eine erstklassige Ausrüstung.

Dazu ist es notwendig, eine leistungsfähige nationale Rüstungsindustrie zu erhalten und weiterzuentwickeln. Die System- und Hochtechnologiefähigkeit der deutschen wehrtechnischen Industrie darf nicht in Frage gestellt werden. Der Bedarf der Bundeswehr allein reicht absehbar nicht aus, um die Kapazitäten der Industrie effizient auszulasten. Wir brauchen deshalb auch in Zukunft Rüstungsexporte. Sie müssen nach klaren Regeln erfolgen und das Ziel haben, Regionen zu stabilisieren und Menschen zu schützen.

Wir wollen den Verteidigungshaushalt moderat erhöhen. Genehmigte und bereitgestellte Mittel sollen künftig im Etat des Bundesverteidigungsministeriums verbleiben, auch wenn es beim Abruf dieser Mittel zu Verzögerungen kommt. Investive Ausgaben und Betriebskosten müssen künftig besser ausbalanciert werden.

Die jüngsten sicherheitspolitischen Entwicklungen und die gemeinsamen Entscheidungen in unseren Bündnissen (Europäischer Rat 2013, NATO-Gipfel 2014) fordern eine Bestandsaufnahme und Definition der Grundlagen deutscher Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die dem Konzept des vernetzten Ansatzes gerecht werden. Als bewährte Grundlage deutscher Außen- und Sicherheitspolitik diente bisher das Weißbuch. Mit Blick auf die drastisch veränderten Rahmenbedingungen ist das Weißbuch 2006 durch ein neues zu ersetzen.

Wir wollen die Rolle der Reservisten für Personalganzung und -verstärkung, Heimatschutz, Katastrophenschutz sowie ihre Mittlerfunktion für die Bundeswehr in der Gesellschaft weiter stärken.

Neue Entwicklungspolitik

Für mehr weltweite Sicherheit brauchen wir eine neue Entwicklungspolitik. Bürgerkriege, Armut, Seuchen und die Folgen des Klimawandels haben viele Staaten und Regionen in der Welt destabilisiert. In der Folge sind mehr als 50 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht. Die weiter wachsenden Flüchtlingsströme nach Europa gefährdet auch die Stabilität bei uns. Denn auch die Aufnahmefähigkeit Deutschlands ist begrenzt. Es ist offenkundig, dass nur ein Teil von ihnen Aufnahme in Europa finden kann.

Wir müssen deshalb dafür sorgen, dass möglichst viele Menschen in ihren Heimatländern bleiben können und der Wanderungsdruck nach Europa wieder nachlässt. Dazu müssen wir die Ursachen von Gewalt, Flucht und Vertreibung bekämpfen und überwinden. Deutschland und die Länder der Europäischen Union müssen sich dieser entwicklungspolitischen Herausforderung vermehrt stellen.

Die internationale Gemeinschaft braucht neue operative Fähigkeiten, um in Not- und Krisenfällen wie dem Ausbruch der Ebola-Epidemie in Westafrika oder der humanitären Katastrophe im Nordirak schneller Hilfe leisten zu können. Wir müssen künftig bei unserem nationalen und europäischen Krisenmanagement noch viel genauer darauf achten, rechtzeitig, entschieden und zielgenau zu handeln.

Damit nach der Krise nicht vor der nächsten Krise ist, wollen wir uns verstärkt der Konfliktnachsorge und der zivilen Krisenprävention widmen. Zeitlich befristete militärische Maßnahmen müssen in eine langfristige Strategie der Stabilisierung und Entwicklung mit zivilen Mitteln eingebettet werden. Ziel muss es sein, die durch fremde Kräfte von außen geschaffene Sicherheit in eine aus eigener Kraft getragene Sicherheit zu überführen. Denn ohne ein Mindestmaß an Sicherheit ist keine Entwicklung möglich. Und ohne nachhaltige Entwicklung, mit der Armut bekämpft und politische, wirtschaftliche und soziale Teilhabe aller Bevölkerungsteile dieser Länder ermöglicht wird, kann es keinen dauerhaften Frieden geben.

Bei der Bekämpfung der Fluchtursachen wird sich deutsche Entwicklungspolitik noch mehr auf die Schaffung von Lebensperspektiven in den Krisenregionen der Welt konzentrieren. Die betroffenen Länder müssen dabei unterstützt werden, ihre staatlichen Strukturen nachhaltig zu stabilisieren, Bildungs- und Gesundheitssysteme zu verbessern und Beschäftigung für die wachsende Zahl junger Menschen zu schaffen. Die dafür eingesetzten Mittel sind gut investiertes Geld.

Viele Entwicklungsländer sehen in Deutschland ein Vorbild. Denn wir haben nach dem Zweiten Weltkrieg und der Vollendung der Deutschen Einheit zweimal

erfolgreich einen Wiederaufbau bewältigt. Wir wollen dazu beitragen, dass unser Modell der sozialen Marktwirtschaft in möglichst vielen Ländern der Welt den ordnungspolitischen Rahmen bildet, der fairen Wettbewerb, Wohlstand, soziale Sicherheit und den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen gleichzeitig möglich macht.

Stärkung der gemeinsamen EU-Außenpolitik

Die EU muss ihrer Rolle als Stabilitätsanker in der Welt auch in Zukunft gerecht werden. Gerade angesichts der aktuellen Krisen und Bedrohungen brauchen wir mehr Europa im Großen und weniger Europa im Kleinen. Wir setzen auf die Europäische Union als zentrales Element für die deutsche Außenpolitik. Nicht zuletzt die Ukraine-Krise zeigt, dass Deutschland und die EU dann Einfluss haben, wenn wir zusammenstehen und unsere Außenpolitik abstimmen und gemeinsam betreiben.

Die Bewältigung der weltweiten Flüchtlingsströme muss die EU mit höchster Priorität angehen. Wir fordern, dass die EU ein Sonderprogramm zur Flüchtlingshilfe in Höhe von einer Milliarde Euro auflegt. Zudem muss das Programm „Triton“ zur Rettung von Schiffbrüchigen und verbesserten Kontrolle im Mittelmeer aufgestockt und der Außengrenzenschutz intensiviert werden. Flüchtlinge müssen künftig gerecht in den EU-Ländern verteilt werden. Die EU muss daher über Alternativen zum jetzigen Verteilungssystem nachdenken. Denkbar wäre etwa ein verpflichtender europaweiter Verteilungsschlüssel. Es kann nicht dabei bleiben, dass Mitgliedstaaten ihre Verpflichtungen aus dem Dublin- und Schengen-System nicht einhalten. Notfalls müssen wir darüber nachdenken, wieder Grenzkontrollen einzuführen. Schlepperbanden und Menschenhandel müssen an der Quelle bekämpft werden.

Um ihren Auftrag als zentraler Akteur zur Friedenssicherung und Stabilität in der Welt zu erfüllen, muss die EU mit einer starken Stimme sprechen. Deutschland gewinnt damit an Einfluss. Auch beim Einsatz für die Menschen-, Volksgruppen- und Minderheitenrechte, für das Recht auf Heimat, für Religionsfreiheit und den Schutz bedrängter Christen in aller Welt kommt der EU eine wichtige Rolle zu. Die Krise in der Ukraine zeigt, dass Frieden und Freiheit in Europa keineswegs selbstverständlich sind. Sie müssen jeden Tag aufs Neue erarbeitet und verteidigt werden.